

Faktencheck: AfD-Positionen im Wahljahr 2024

Was die Alternative für Deutschland fordert – und wie die Wirtschaft in Berlin und Brandenburg dazu steht

Zuwanderung begrenzen?

Position der AfD: Sie will „die Zuwanderung stark ... begrenzen und Parallelgesellschaften zurückdrängen“. Sie will „ein punktebasiertes Zuwanderungssystem nach japanischem Vorbild einführen, durch welches nur noch qualifizierte, integrationswillige Menschen zu uns kommen“. Im Gesundheitswesen sollen gar keine Menschen mit ausländischem Pass mehr beschäftigt werden dürfen.

Die Fakten: Der Mangel an Fach- und Arbeitskräften gehört zu den größten Bedrohungen für unseren Wohlstand. 2023 fehlten in Brandenburg fast 25.000 Fachkräfte in allen Branchen, Tendenz steigend. Ohne Zuwanderung ist diese Lücke nicht zu schließen. Damit das gelingt, muss Deutschland für die klügsten Köpfe der Welt ein attraktiver Standort zum Leben und zum Arbeiten sein. Nicht nur kurzfristig, sondern auf Dauer. Das Konzept der AfD schreckt indes ab. Schon heute müssen viele Unternehmen ihr Angebot mangels Personal einschränken, ob Eisenbahn, Bäcker, Gastwirt oder die Metall- und Elektroindustrie.

Eine Politik, die die Menschen in erster Linie nach Herkunft, Religion oder Hautfarbe sortiert, ist nicht nur inhuman, sie schadet auch unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Die Unternehmen werden so genau in jenem Bereich geschwächt, in dem sie bislang besonders stark waren und nur so die besonders attraktiven Arbeitsbedingungen und im Weltmaßstab hohen Preise sicherstellen konnten: in ihrer technologischen Innovationskraft.

Was wir wollen: Gerade Brandenburg, aber auch die gesamte Region brauchen Zuwanderung. In den Branchen Gesundheit und Gastronomie sind die Engpässe besonders deutlich. Arbeits- und Fachkräfte aus dem Ausland sorgen dafür, dass Unternehmen ihre Waren und Dienstleistungen weiterhin anbieten können. Zudem bringen sie Wissen und Qualifikationen mit, über das heimische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mitunter nicht verfügen. Das hilft insbesondere in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Wissenschaft.

Austritt aus der EU?

Position der AfD: Sie will ein Ende der Europäischen Union in ihrer heutigen Form. Ihr Plan ist die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft zu einem „Bund europäischer Nationen“.

Die Fakten: Neben Frieden, Freiheit und Stabilität ist der EU-Binnenmarkt eine der größten Errungenschaften der europäischen Einigung. 55 Prozent des deutschen Exports geht in die 27 EU-Länder. Europa ist damit Deutschlands wichtigster Absatzmarkt. Ein Austritt aus der EU, also ein „Dexit“, wäre für die Bundesrepublik ökonomisch verheerend und würde Wohlstand und Arbeitsplätze kosten. Vor allem im hochproduktiven und exportorientierten verarbeitenden Gewerbe. Mit einer „Neugründung einer europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft“, wie sie die AfD anstrebt, würde sich Deutschland isolieren.

Ein Austritt aus der EU würde auch ausländische Direktinvestitionen in Deutschland treffen, die auch in Forschung und Entwicklung fließen. Auch die Lieferketten und das Warenangebot würden in Mitleidenschaft gezogen, womöglich mit Folgen für die Preisstabilität. Das Beispiel Großbritannien zeigt, wie verheerend ein EU-Austritt auf ein Industrieland wirkt. Weniger Wachstum und Außenhandel, Zunahme des Fachkräfte-Mangels – all diese Faktoren ordnen Ökonomen dem Brexit zu. Das Institut der deutschen Wirtschaft schätzt, dass durch einen „Dexit“ Deutschlands Wohlstand in 10 bis 15 Jahren um bis zu 500 Milliarden Euro zurückgehen würde. Zudem dürften mehr als zwei Millionen Arbeitsplätzen verloren gehen.

Was wir wollen: Europa ist ein einzigartiges Friedensprojekt. Trotz unbestreitbarer Schwächen der EU halten wir an ihr fest und wollen sie besser machen. Die Unternehmen brauchen mehr Binnenmarkt, mehr Spielraum und weniger Regulierung und Bürokratie.

Austritt aus dem Euro, Rückkehr zur D-Mark?

Position der AfD: „Wir wollen nationale Währungen zur Stärkung unserer Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit wieder einführen“, schreibt sie. Damit bekomme Deutschland seine Finanzsouveränität zurück.

Die Fakten: Der Euro ist die zweitwichtigste Währung der Welt. Ein Austritt aus dem Verbund würde Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit empfindlich schwächen. Eine wieder eingeführte D-Mark würde angesichts der Stärke Deutschlands deutlich aufwerten. Das würde die deutschen Exporte auf dem Weltmarkt massiv verteuern. Unmittelbar betroffen wären Waren, die wir an EU-Länder verkaufen – das sind 40 Prozent des deutschen Exportvolumens. Von diesen Ausfuhren hängen laut einer Studie des Instituts Prognos drei Millionen Jobs ab. Ein Teil von ihnen könnte wegfallen, ein anderer Teil ins Ausland verlagert werden.

Was wir wollen: Der Euro hat sich seit mehr als 20 Jahren als stabile und sichere Währung erwiesen. Deutschland als Exportnation profitiert von ihr. Daran müssen wir festhalten.

Bildung ohne digitale Technik?

Position der AfD: Die AfD lehnt „alle Bestrebungen, den Unterricht generell zu digitalisieren und dabei die Erarbeitung von Wissen aus dem analogen Lernprozess herauszulösen“, ab. Führende AfD-Vertreter halten die Digitalisierung für „passivmachend“ und „phantasieschwächend“ – ihr solle „durch das klassische Medium Buch“ entgegengewirkt werden.

Die Fakten: In Deutschland ist der Anteil der Erwerbstätigen, die über mehr als nur grundlegende digitale Fähigkeiten verfügen, mit 23 % signifikant niedriger als im EU-Durchschnitt (34,5 %). Nur durch gute digitale Bildung werden die Menschen ertüchtigt, sich sicher und souverän in der digitalen Welt von heute und von morgen zu bewegen. Bislang hat das deutsche Bildungssystem beim Einsatz digitaler Mittel noch einen deutlichen Nachholbedarf.

Was wir wollen: Die Wirtschaft in Berlin und Brandenburg steht für ein zeitgemäßes Bildungssystem, zu dem digitale Lehr- und Lernmethoden selbstverständlich dazugehören. Schule hat die Aufgabe, junge Menschen auf die Lebenswelt und ihre Herausforderungen vorzubereiten. Dabei müssen sie Medienkompetenz erlernen und etwa mit Fake News und Hate Speech umgehen können. Darum sind digitale Lehr- und Lernmittel unverzichtbar.

Abkehr vom Klimaschutz?

Position der AfD: Den menschengemachten Klimawandel hält die AfD für „eine politische Agenda zur Besteuerung der Luft zum Atmen und damit der Durchsetzung gesellschaftlicher Umgestaltungen (Große Transformation)“. Sie fordert die „Abschaffung aller Klimaschutzgesetze auf nationaler und europäischer Ebene“ und spricht von „Klimawahn“.

Die Fakten: Die AfD leugnet damit eindeutige Erkenntnisse und Nachweise der Wissenschaft: Die Temperaturen steigen weltweit, was auch in Deutschland Mensch und Natur beeinträchtigt. Aus wissenschaftlicher Perspektive ist unstrittig, dass wir die Art und Weise, in der wir leben, wirtschaften und arbeiten, klimagerecht weiterentwickeln müssen.

Was wir wollen: Die Wirtschaft muss mit dem Klimawandel und den Konsequenzen daraus umgehen. Er bedeutet nicht nur Belastungen, sondern auch wirtschaftliche Chancen. Dekarbonisierung führt zu ökonomischer, ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit, denn mit der Entwicklung neuer Technologien ergibt sich auch die Chance auf mehr Wohlstand. Entscheidend ist, dass die Unternehmen genügend Zeit und gute Rahmenbedingungen für die Transformation bekommen.

Unser Fazit: *Die Programmatik der AfD schadet der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Sie grenzt Menschen aus und setzt auf Abschottung und Nationalismus. In einer Welt mit einer eng verflochtenen, arbeitsteiligen Wirtschaft ist das nicht der richtige Weg. Zudem ignoriert sie wissenschaftliche Erkenntnisse und wirkt technikfeindlich. Angesichts der Herausforderungen, vor denen die Betriebe stehen, befindet sich die AfD nicht auf der Höhe der Zeit.*